

Weser - Kurier 05.05.05



Die Stedinger Landstraße in Sandhausen: Ungefähr an dieser Stelle soll die neue Bundesstraße 212 angeschlossen werden.

FOTO: INGO MÖLLERS

# B 212: Grünes Licht für Südtrasse

## Raumordnungsverfahren bestätigt Planer/Kritiker kündigen weiteren Widerstand an

Von Ute Winsemann

**Delmenhorst.** Für den Neubau der Bundesstraße 212 hat die Regierungsvertretung Oldenburg die südliche Trasse festgelegt. Bei dieser Variante wird die Verbindung zwischen der Wesermarsch und Bremen in Sandhausen an die Stedinger Landstraße angeschlossen. Oberbürgermeister Patrick de La Lanne und die Interessengemeinschaft (IG) B212-freies Deich- und Sandhausen kündigten eine Prüfung des Beschlusses und weiteren Widerstand an.

Die Planer der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Oldenburg hatten sich von Anfang an für die Streckenführung „AEP optimiert“ ausgesprochen. „Die im Raumordnungsverfahren geprüften Trassenalternativen haben sich gegenüber der Vorzugsvariante insgesamt als unverträglicher erwiesen“, erklärte nun Raumplaner Markus Goebel von der Regierungsvertretung. Das gelte insbesondere hinsichtlich städtebaulicher und landwirtschaftlicher Belange.

Nördlich an Deichhausen vorbeiführende Trassen ließen nachteilige Auswirkungen auf Natur- und Hochwasserschutz sowie mehr Verkehr innerhalb von Deichhausen erwarten. Die von der IG vorgeschlagene

„Verkehrsoptimierte Nordvariante“, die an der Stedinger Landstraße auf einen Anschluss der B212 nach und von Bremen verzichtet – und so die Verkehrsbelastung für Delmenhorst verringern soll – sei „aufgrund ihrer unzureichenden verkehrlichen Wirksamkeit verworfen“ worden, hieß es gestern in einer Pressemitteilung zum Abschluss des Raumordnungsverfahrens.

Zusätzliche Maßgaben im Feststellungsbeschluss legen unter anderem fest, dass bei der weiteren Planung die zeitgleich veröffentlichte ergänzende verkehrswirtschaftliche Untersuchung zu berücksichtigen ist. Sie sagt für die Stedinger Landstraße eine Verdopplung der Belastung von täglich 10 600 Fahrzeugen, die bei unveränderter Situation im Jahr 2025 zu erwarten wären, auf 22 400 Fahrzeuge vorher – mit entsprechender Weiterverteilung innerhalb der Stadt.

Außerdem müssen die Planer „darauf hinwirken, dass geeignete verkehrsregelnde, -lenkende und sonstige Maßnahmen“ ergriffen werden. In diesem Zusammenhang nennt das Papier unter anderem eine „Umgehungsstraße nordwestlich von Delmenhorst“ – die von Ganderkeseeer Seite heftig kritisierte sogenannte Entwicklungsachse. Auch für Natur- und Denkmalschutz sowie

Landwirtschaft und Landschaftsbild werden Auflagen gemacht.

Sowohl der Oberbürgermeister als auch IG-Vertreter Uwe Kroll zeigten sich nicht überrascht, kritisierten den Beschluss aber massiv. „Das Interesse von Delmenhorst wurde nicht berücksichtigt“, monierte de La Lanne. Die Planer hätten sich „schon vor zwölf Jahren festgelegt“, Alternativen seien offenbar „voreingenommen“ und „nicht ernsthaft“ geprüft worden. Umso genauer werde die Stadtverwaltung nun den 102-seitigen Beschluss und die Verkehrsuntersuchung unter die Lupe nehmen. Ähnliches kündigte Kroll an: „Wir haben jetzt 102 Seiten Angriffspotenzial.“ Die IG wolle auch die Information der Öffentlichkeit noch ausweiten, um den Menschen ihre eigene Betroffenheit zu verdeutlichen.

Von den Landtags- und Bundestagsabgeordneten habe er gestern brieflich ein „klares Bekenntnis“ eingefordert, sagte de La Lanne. Eine Sondersitzung von Ratsausschüssen, die mehrere Fraktionen als Reaktion auf de La Lannes Informationspolitik beantragt hatten, werde bereits vorbereitet, sei aber noch nicht terminiert.

Internet: [www.rv-ol.niedersachsen.de](http://www.rv-ol.niedersachsen.de)